

Susanne
Gaschke

SPD

Eine Partei
zwischen Burnout
und Euphorie

DVA

Susanne Gaschke

SPD

Susanne Gaschke

SPD

Eine Partei
zwischen Burnout
und Euphorie

Deutsche Verlags-Anstalt

Der Verlag weist ausdrücklich darauf hin, dass im Text enthaltene externe Links vom Verlag nur bis zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung eingesehen werden konnten. Auf spätere Veränderungen hat der Verlag keinerlei Einfluss. Eine Haftung des Verlags ist daher ausgeschlossen.



Verlagsgruppe Random House FSC® Noo1967

1. Auflage

Copyright © 2017 Deutsche Verlags-Anstalt, München,

in der Verlagsgruppe Random House GmbH,

Neumarkter Str. 28, 81673 München

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München

Typografie und Satz: DVA/Andrea Mogwitz

Gesetzt aus der Garamond

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-421-04717-5

www.dva.de

 Dieses Buch ist auch als E-Book erhältlich.

Inhalt

Vorwort	7
1 Ist nach der Krise vor der Krise?	11
2 Gestatten: Das ist die SPD	18
3 Reform war immer	33
4 Ich bin dann mal hier: Neumitglied	51
5 Und was für Leute trifft man so?	57
6 Sprache ist dazu da, sich verständlich zu machen	71
7 Im Auftrag ihrer Zielgruppen	89
8 Bildung: Was Menschen wirklich wissen müssen	109
9 Sozialdemokraten und die digitale Revolution	122
10 Eine gerechte Gesellschaft muss sicher sein	131
11 Stimmungen in Deutschland	144
12 Härter gegen Sozis? Die Medien und die SPD	163
Zum Schluss	172
Dank	176

Vorwort

Noch im vergangenen Jahr, 2016, fragte man sich, ob die große, traditionsreiche Volkspartei SPD auf dem Wege sei zu verschwinden. Sie steckte in der Dauerkrise, fuhr bei manchen Landtagswahlen extrem unschöne Ergebnisse (viermal sogar unter 13 Prozent) ein und wurde immer besser darin zu erklären, warum das alles nicht so schlimm sei.

Als langjähriges SPD-Mitglied und als Journalistin, die neben vielen anderen Themen auch immer wieder über die SPD schreibt (früher für die *Zeit*, heute für die *Welt*), beschäftigte mich dieses Phänomen: War die SPD wirklich *so* schlecht? Hatte sie es verdient, derart abzurutschen, teilweise gar auf Platz vier hinter der AfD zu landen? Waren ihre Wähler oder Ex-Wähler einfach undankbar? Die Medien ungerecht?

Ich selbst habe widersprüchliche Erfahrungen mit meiner Partei gesammelt und kann mir durchaus einige Gründe für den Misserfolg vorstellen: einen gewissen Hang zur Besserwissererei zum Beispiel; eine nicht immer überzeugende Personalauswahl und eine sehr spezifische, nervtötende Politsprache, die bei den Sozialdemokraten oft schlimmer ausgeprägt ist als in anderen Parteien. Die SPD hat sich immer als »Programmpartei« verstanden, die ihre Wähler von und mit ihren Inhalten überzeugen wollte. Umso mehr behindert es sie seit einigen Jahren, dass sie ihr Verhältnis zu einem zentralen Reformvorhaben, nämlich Gerhard Schröders »Agenda 2010«, nie richtig klären konnte. Glaubt sie (noch) an das damals verkündete Prinzip

des »Förderns und Forderns? Will sie einen Sozialstaat, der den Menschen hilft, das Beste aus ihrem Leben zu machen? Einen aktivierenden Sozialstaat, der auch zweite und dritte Chancen vorsieht – wenn der gestrauchelte oder vom Pech verfolgte Mensch daran mitwirkt, diese Chancen zu nutzen? Oder ist die SPD in Wahrheit immer noch die Partei eines Fürsorgestaates, der Sozialleistungen und Bildungszertifikate verteilt, ohne dass die Beglückten selbst etwas tun müssen? In einer Organisation, die so groß und deren Mitgliederschaft so vielfältig ist, kommen selbstverständlich alle Auffassungen vor, die zwischen diesen beiden Polen Platz finden. Aber bis die SPD in dieser Frage nicht mehr mit sich selbst im Reinen ist, wird das Publikum ihr latent misstrauen.

Das gleiche gilt für ein nervöses Flirten mit den unterschiedlichen Koalitionsoptionen jenseits der Großen Koalition. Martin Schulz darf nicht in die Sprunghaftigkeit der Nach-Schröder-Ära zurückfallen, in der am einen Tag Rot-Rot-Grün und am anderen Tag die »Ampel« mit FDP und Grünen möglich scheint – ohne Diskussion über die Vereinbarkeit der Positionen und politischen Haltungen. Wenn der Partei zuletzt etwas wirklich geschadet hat, dann war es ihr Verzweiflungsoportunismus. Man traute ihren Vertretern zu, dass sie *alles* tun würden, um sich aus der Dauerkrise zu befreien. Aber eine Partei, die zu praktisch allem bereit scheint, wirkt wenig vertrauenerweckend.

Reichten alle diese Gründe für eine derart konsequente Unterbewertung der SPD über so lange Zeit? Während ich beim Schreiben noch um ein Urteil rang, kam Martin Schulz. Und das gesamte 20-Prozent-Umfragen-Elend, in dem man sich eingerichtet hatte, schien auf einen Schlag zu verschwinden. Plötzlich wirkte die SPD wieder wie eine fröhliche Partei, die stärkste Kraft in Deutschland werden und den Kanzler stellen könnte. Der Burnout war vorbei.

Dieser Wahnsinns-Stimmungsumschwung ist nun ebenfalls erklärungsbedürftig: Kann es denn allein an dem einen Mann an der Spitze liegen, wie eine ganze Partei wahrgenommen wird? Dann müssten die Sozialdemokraten sich Vorwürfe machen, Sigmar Gabriel nicht schon viel früher abgelöst zu haben. Aber in Wirklichkeit hat kaum jemand solch eine außergewöhnliche Trendwende für möglich gehalten. Vollkommen offen ist die Frage, wie nachhaltig sie sein kann. Das hängt zu einem großen Teil auch davon ab, wie gut es Martin Schulz gelingt, die langfristigen, strukturellen Probleme der Partei zu lösen.

Am Anfang seiner Amtszeit hat er die Chance dazu, denn für die Monate der Kampagne ist der Kandidat heutzutage tatsächlich entscheidender als die Partei und deren Zustand. Deshalb muss Schulz sich von Anfang an durchsetzen, denn für die Jahre des Regierens ist es dann die Partei, die Koalitionen schließt und im Amt hält, und deshalb ist es nicht unerheblich, was sie denkt, wie sie agiert und wie sie fühlt.

Martin Schulz hat die SPD wieder hinter einem Kampfbegriff versammelt: soziale Gerechtigkeit. Mit diesem Begriff fühlt die Partei sich wohl. Aber wenn es dabei um mehr gehen soll als um die Rückabwicklung der schröderschen Agenda-2010-Politik, dann muss dieser Begriff mit neuer Bedeutung gefüllt werden.

Ich mache in diesem Buch drei Vorschläge, wie man sich sozialer Gerechtigkeit nähern könnte – jenseits vom Arbeitslosengeld. Erstens muss die SPD die Bildungsreformen der vergangenen dreißig Jahre einer kritischen Bestandsaufnahme unterziehen: Was hat genutzt, was hat geschadet? Was können Schülerinnen und Schüler heute wirklich, wenn sie die Schule verlassen? Was muss besser werden, damit sie souveräne, urteilsfähige Mitbürger sein können? Das ist im deutschen Föderalismus zwar Ländersache, aber es betrifft ganz Deutschland. Niemand könnte die SPD daran hindern, einen großen, der Schule gewidmeten

Parteitag abzuhalten, auf dem die gesamte Partei das Thema (selbst)kritisch diskutiert.

Zweitens bewegen die Themen Integration und innere Sicherheit die Bevölkerung in erheblichem Maße. Leider sind das auch die Themen, mit denen Rechtspopulisten Stimmung machen. Das darf aber nicht dazu führen, dass die SPD diese Sorgen ignoriert. Sichere Nachbarschaften, sichere Städte und respektvoller Umgang miteinander sind elementare Aspekte von sozialer Gerechtigkeit. Die SPD hat in Bund, Ländern und Kommunen viel konkrete Integrationspolitik zu verantworten gehabt. Sie muss ernsthaft prüfen, wie gut diese gelungen ist.

Drittens stellt die Digitalisierung unsere Gesellschaft vor radikale Fragen: Wie sieht die Arbeit im digitalen Kapitalismus aus? Wie schützen wir uns gegen Überwachung und Manipulation? Was macht das Internet mit unserer demokratischen Öffentlichkeit?

Die SPD muss diese Fragen beantworten, wenn sie wieder nachhaltig erfolgreich werden will. Dass sie an Sprache und Stil, Sitzungskultur und Personalauswahl etwas ändern sollte, um attraktiv, um jünger und lebendiger zu werden, halte ich darüber hinaus ebenfalls für wichtig. Aber das ist, wenn man einmal die Massen von Literatur ansieht, die geschrieben wurden, um die Sozialdemokratie zu beraten, kein besonders origineller Punkt.

Originell wäre, wenn eine wieder erstarkte SPD mit der anderen großen Volkspartei den Streit um die richtige Politik offen austrüge. Wenn es gelänge, die extremen Ränder klein zu halten. Dann könnte unser politisches System vielleicht den populistischen und autoritären Tendenzen entgehen, die sich gegenwärtig in so vielen Gesellschaften Europas ausbreiten. Eine starke SPD bedeutet ein starkes System der Volksparteien – und das hat uns bisher in Deutschland viel Gutes gebracht.

Berlin, April 2017

1

Ist nach der Krise vor der Krise?

Das Jahr 2017 hat für die deutsche Sozialdemokratie eine fast schon historische Trendwende gebracht.

Knapp acht Jahre lang hieß ihr Vorsitzender Sigmar Gabriel. Nach dem Desaster mit ihrem Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier 2009 (23 Prozent) fuhr die SPD 2013 mit Peer Steinbrück (25,7 Prozent) erneut ein katastrophales Ergebnis ein. Irgendwann schien sie sich nicht einmal mehr eines Wähleranteils von 20 Prozent sicher sein zu können, und die Parteiführung hatte ein beachtliches Talent entwickelt, selbst marginale Stimmungverbesserungen schön zu reden. Kletterte ein Umfrageergebnis von 19 auf 21 Prozent, war verspannter Frohsinn angesagt.

In vier Bundesländern kam die SPD bei Landtagswahlen auf Ergebnisse unter 13 Prozent: Sachsen 12,4; Thüringen 12,4; Baden-Württemberg 12,7 und Sachsen-Anhalt 10,6 Prozent. 2016 bedeutete das jeweils Platz vier hinter Grünen, CDU und AfD (Baden-Württemberg) oder hinter CDU, AfD und Linken (Sachsen-Anhalt). Man hatte sich über einen langen Zeitraum daran gewöhnt, 20-Prozent-Ergebnisse für gut und normal zu halten, wenn man damit wenigstens zweitstärkste Partei (Bayern: 26,6 Prozent) oder gar stärkste Kraft (Berlin: 21,6 Prozent) werden konnte.

Damit schien die SPD auf einem Weg nach unten zu sein, den andere sozialdemokratische Parteien in Europa schon gegangen waren: In Polen sind die Sozialdemokraten nicht mehr im Parlament vertreten, sie scheiterten an der dort geltenden Acht-

Prozent-Hürde. In die Bedeutungslosigkeit geschrumpft ist die einst mächtigste Partei Griechenlands, die Pasok. Und längst Geschichte ist in Italien die sozialdemokratische Regierungspartei des Ministerpräsidenten Bettino Craxi. Die Partita Socialista Italiano führt heute ein kümmerliches Dasein.

Parteien können verschwinden.

In Großbritannien mobilisiert der Parteivorsitzende Jeremy Corbyn eine fundamentalistische Neo-Linke gegen den parlamentarischen Labour-Mainstream. In den Niederlanden landete die sozialdemokratische PvdA bei den Parlamentswahlen auf Platz 7. Und in Frankreich wurde der Sozialist François Hollande zum unbeliebtesten Präsidenten aller Zeiten.

Doch in Deutschland sollte es anders kommen. In Deutschland geschah Martin Schulz. Niemand weiß ganz genau, was Sigmar Gabriel letzten Endes dazu bewogen hat, Kanzlerkandidatur und Parteivorsitz an den langjährigen Europaabgeordneten und Präsidenten des Europäischen Parlaments abzugeben. Aber er hätte seiner Partei wohl keinen größeren Gefallen tun können.

Martin Schulz riss die SPD – und mit ihr die Öffentlichkeit – in einen Taumel wie ein politischer Messias. Tausende strömten zu Polit-Veranstaltungen, die Monate zuvor die reinsten Ladenhüter gewesen wären. Es gab Massen von Online-Eintritten, die Parteibücher wurden knapp. Jusos hielten Schilder mit Aufschriften wie »Gottkanzler«, »Martin, du geile Sau« oder »Martin, ich will eine Regierung von dir!« in die Höhe. Veranstaltungsgäste konnten sich neben lebensgroßen Martin-Schulz-Aufstellern aus Pappe fotografieren lassen und taten das auch.

Sozialdemokraten, die sonst oft eine leicht frustrierte Ausstrahlung haben, lächelten befreit in jede Fernsehkamera. Und die Umfragen, die sie in den vergangenen Jahren zu fürchten gelernt hatten, wurden endlich wieder ihre Freunde: Innerhalb

kürzester Zeit zog die SPD gleichauf mit der Union, hatte der Kandidat die Bundeskanzlerin an Beliebtheit überflügelt, lagen die Sozialdemokraten – kaum zu glauben! – sogar bei den unter 25-Jährigen und im Osten vor der Union. Die Medien waren von diesem Erfolg fasziniert und heizten ihn zunächst weiter an.

Wie erklärt man das Phänomen Schulz? Die Partei ist ja nicht über Nacht eine andere geworden. Und was der Kandidat landauf, landab jubelnden Menschenmengen zurief, war SPD pur, stammte fast komplett aus der sozialdemokratischen Textbausteinkiste. Es ging um soziale Gerechtigkeit, faire Löhne, sichere Renten, bezahlbare Mieten, Kitas statt Bürotürme, Kampf den Rechtspopulisten. Es ist nicht so, dass Sigmar Gabriel das Gegenteil erzählt hätte. Und genau so redeten auch Matthias Platzeck, Kurt Beck und Franz Müntefering, Gabriels Vorgänger. Was also hat die Begeisterung ausgelöst?

Nicht zu unterschätzen ist sicher die Müdigkeit, die viele Menschen nach zwölf alternativlosen Jahren mit Angela Merkel empfanden. Gabriel schien ihnen offenbar keine seriöse und wählbare Option zu sein, Schulz, der mit der deutschen Politik und vor allem mit der Großen Koalition nur als (in dieser Funktion weitgehend unsichtbares) Mitglied des SPD-Parteipräsidiums zu tun hatte, offenbar schon.

Und dann ist da der Gestus, mit dem der neue Mann auftrat. Schulz ist selbstbewusst (»Ich will Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden!«) und gibt sich durchaus autoritär, anführerhaft – was auch für manche Wähler und Sympathisanten von Protestparteien attraktiv sein dürfte. Es gelingt ihm auf authentische und sympathische Art, Schwächen einzugestehen. Zu besichtigen war das nach der Saarland-Wahl im März 2017, bei der deutlich wurde, dass die Aussicht auf eine rot-rot-grüne Koalition der SPD geschadet und die Anhänger der CDU maximal mobilisiert hatte. Schulz gestand nüchtern Enttäuschung

und Niederlage ein, das unterschied sich wohltuend von den sonst üblichen Beschwichtigungsparolen. Aber es wurde eben auch deutlich, dass ein Mann allein nicht alle schlechten Angelegenheiten einer Partei mit einem Schlag überwinden kann.

Schulz positionierte sich als Anti-Establishment-Angebot, als Mann aus dem Volk. Er will einer sein, der eine verständliche Sprache spricht. Ein Verfechter der zweiten Chance für alle, weil er selbst mit Lebenskrisen zu kämpfen hatte. Dass jemandem, der in Brüssel jahrelang an allen europäischen Strippen zog und so viel verdient hat wie die Bundeskanzlerin in Berlin, die antielitäre Inszenierung abgenommen wird, ist erstaunlich – aber allem Anschein nach nehmen die SPD-Anhänger sie ihm nicht übel.

Der neue Parteivorsitzende punktete zunächst mit einer Rolle rückwärts in die Zeiten vor Gerhard Schröder und seiner »Agenda 2010«. Er malte Deutschland als tief gespaltenes Land, in dem es sozial nicht gerecht zugehe – und machte dafür explizit den »neoliberalen Mainstream« und die rot-grüne Agenda-Politik verantwortlich, von der er sich weitgehend verabschiedet zu haben scheint. Seine Spaltungs-Rhetorik hat er nach einigen Wochen wieder abgeschwächt.

Dass die Erzählung vom gespaltenen Land überhaupt von manchen bejubelt wurde, ist durchaus nicht selbstverständlich: In Zeiten florierender Wirtschaft, deutlich steigender Löhne und Renten sowie faktischer Vollbeschäftigung muss es eigentlich mehr Menschen besser gehen als je zuvor. Aber erstens hat natürlich jede Zeit neue Härten: Arbeitsverdichtung, Degradierungsdruck, unklare Hierarchien und die komplexe Organisation von Familie und Beruf betreffen fast alle, auch die Gutverdienenden. Und zweitens gibt es ein neues Dienstleistungsproletariat, das schlecht bezahlt und ohne Aufstiegsmöglichkeiten in der Pflege, im Wach- und Schließgewerbe, in der Gebäudereinigung oder

bei Paketdiensten schuftet. Diese Menschen haben jeden Grund, sich eine bessere Lebensperspektive zu wünschen.

Vielleicht haben viele, die Martin Schulz zujubeln, auch gar keine allzu konkrete Erwartung an die SPD, sondern hoffen, Schulz' Gerechtigkeitsrhetorik könne uns irgendwie zurückzaubern in eine Ära, in der es übersichtlicher, langsamer und weniger aggressiv zugeht als heute. In der die Globalisierung nicht von morgens bis abends scheinbare oder tatsächliche Sachzwänge diktiert. In der es Kinder tatsächlich besser hatten als die Elterngeneration und man selbstverständlich mit dem Einkommen aus einer Stelle im Industriebetrieb oder im öffentlichen Dienst bequem das Reihenhaus abbezahlen konnte. Eine Ära, in der die Digitalisierung einem noch nicht ständig die Konzentration raubte – und vor allem nicht drohte, auch noch die Arbeitsplätze zu vernichten. Zurück in Zeiten, als das Elend anderer Länder noch nicht an unsere Tür klopfte.

Das Problem für Martin Schulz und die SPD besteht darin, dass man mit den alten Antworten – mehr Arbeitsmarktregulierung, hohe Steuern, mehr Sozialleistungen, hohe Staatsverschuldung – allenfalls einem Teil der neuen Probleme beikommen kann, die uns die beschleunigte, globalisierte und digitalisierte Welt beschert. Wenn nicht alles wieder so wird wie in den siebziger Jahren der Bundesrepublik – und das wird sehr wahrscheinlich nicht geschehen –, könnte die Schulz-SPD schneller Produktenttäuschung hervorrufen, als man »August Bebel« sagen kann.

Der kometenhafte Aufstieg des neuen SPD-Vorsitzenden zu Beginn seiner Amtszeit rückt allerdings eine andere spannende Frage ins Rampenlicht: Wie wichtig sind eigentlich Parteien heute? Die SPD hat immer noch dasselbe Grundsatzprogramm, dieselben Kommunalwahlprogramme, dieselben Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker, dieselben Bräuche und Rituale

wie in den 20-Prozent-Zeiten 2016, 2015, 2014 ... Sie regiert in vielen Kommunen und in der Mehrheit der Länder, sie trägt seit 1998 immer wieder Regierungs(mit)verantwortung im Bund, stellt Kanzler und Vizekanzler. Und quasi über Nacht wird sie vom Umfrageabsteiger zum Champion? Weil sie plötzlich ganz anders ist? Das klingt unwahrscheinlich.

Wahrscheinlich ist, dass einerseits Parteien und ihre Mitglieder bei Wahlen eine immer geringere Rolle spielen – die Inszenierung und der Spitzenkandidat sind längst wichtiger als die von tapferen Genossen selbst im Dauertief zuverlässig bemannten Infostände in den Fußgängerzonen. Die Wähler sind launisch und wechselhaft, die Wahlergebnisse zeigen große Ausschläge. Da kommt es auf Reaktionsschnelligkeit an – und Parteiapparate, die eher wie Firmen organisiert sind, haben einen Vorteil. Donald Trump in den USA, Silvio Berlusconi in Italien, Emmanuel Macron in Frankreich, sie haben vorgemacht, wie man rasche, zum Teil auch durchaus nachhaltige Erfolge erzielt ohne geschlossene große Mitgliederpartei im Rücken.

Grüne, Linkspartei, FDP und jetzt auch die AfD funktionieren seit Jahren mit einem Bruchteil der Mitgliederbasis ihrer Volksparteikonkurrenten. Doch auch damit kann man Länder erobern, wie Grüne in Baden-Württemberg und Linke in Thüringen schon vorgemacht haben, oder aus dem Stand ein Viertel der Wählerstimmen gewinnen wie die AfD in Sachsen-Anhalt.

Andererseits: Beim Regieren (»auf der Strecke«, wie der zweimalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering gern sagte) ist die Volkspartei SPD ja immer noch da. Und sie ist, wie der *Zeit*-Journalist Peter Dausend einmal liebevoll-spöttisch geschrieben hat, die parteihafte aller Parteien – mit all ihren Ortsvereinsvorsitzenden, Juso-Delegierten, Kämpferinnen aus der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, den Bürgermeistern, Landesministern, Ministerpräsidenten, Abgeordne-

ten, Fraktionsvorsitzenden, Bundesministern, Präsidiumsmitgliedern, Kommissionsvorsitzenden, die allesamt von Martin Schulz erwarten, dass er auf das hört, was sie beitragen wollen. Und sie haben natürlich das gute Recht dazu. Helmut Schmidt und Gerhard Schröder, beide erfolgreiche sozialdemokratische Bundeskanzler, scheiterten letzten Endes auch, weil sie sich der Mehrheit in der eigenen Partei nicht mehr sicher sein konnten.

Klar sein muss also: Wer SPD wählt, weil er Schulz will, kriegt im Ernstfall tatsächlich auch die SPD. Wer mit Schulz koalitiert, koalitiert auch mit der SPD. Deshalb ist es nicht unerheblich, mit was für einer Partei wir es da zu tun haben, wir (Neu-)SPD-Wähler, wir (Neu-)Mitglieder, wir (Neu-)Koalitionspartner in spe.

Einige Vermutungen über das Wesen der Partei glaube ich anstellen zu können – als Journalistin, die seit 20 Jahren über deutsche Politik berichtet. Und als Mitglied, das seit mehr als dreißig Jahren der SPD angehört und wechselvolle Erfahrungen in und mit ihr gemacht hat. SPD: die Partei hinter Martin Schulz.